

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913**

16.2.1913 (No. 46)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 46

Sonntag, den 16. Februar 1913

156. Jahrgang

Expedition:  
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-  
anschluss Nr. 154), wofür auch Anzeigen  
in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P  
Einkräftigungsbühr: die 6mal gepaltene Petizelle oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückergeben und es wird keine  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 6. Februar 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem königlich preussischen charakterisierten Generalleutnant z. D. von Meh, bisher Generalmajor und Kommandeur der 84. Infanterie-Brigade, das Kommandeurkreuz erster Klasse des Ordens vom Jägerlöwen und

dem königlich preussischen Obersten a. D. Ehrenberg, bisher Kommandeur des 9. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 170, das Ritterkreuz des Ordens Verthold des Ersten zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 6. Februar 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem Hausmeister Anton Hensler in Ehner-Jahrnu bei Schopfheim die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 10. Februar 1913 gnädigst bewogen gefunden, die folgenden Auszeichnungen zu verleihen:

#### A. vom Orden vom Jägerlöwen:

1. den Stern zum Kommandeurkreuz:  
dem Generalmajor von Gontard, diensttuenden General à la suite Seiner Majestät des Kaisers;

2. das Kommandeurkreuz zweiter Klasse:  
dem Kabinettsrat Ihrer Majestät der Kaiserin, Kammerherrn Freiherrn von Spitzberg;

3. das Ritterkreuz zweiter Klasse:  
dem königlich bayerischen Oberleutnant Karl Reifner Freiherrn von Lichtentern, kommandiert als persönlicher Adjutant Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg;

B. die silberne Verdienstmedaille:  
den königlichen Leibgendarmen Witzwachtmeister Schröder I und Sergeant Kadenbach.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Postsekretären Heinrich Fischer in Konstanz, Ferdinand Fleck in Billingen, Haber Kropf in Schliengen, Martin Meißner in Schiltach, Morz Ruf in Freiburg und Haber Schreiber in Dillingen die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihnen verliehenen königlich preussischen Verdienstkreuzes in Gold zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Bahnverwalter Friedrich Merk in Raastatt die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ehrenkreuzes III. Klasse des Fürstlich Hohenzollernschen Hausordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar 1913 gnädigst geruht, den Kommerzienrat Friedrich Wolff in Karlsruhe zum Geheimen Kommerzienrat zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar 1913 gnädigst geruht, den Professor Dr. Theodor Buri an der Realschule in Melsbach in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule in Mannheim zu versetzen und den Lehramtspraktikanten Franz Wagner aus Niederbühl zum Professor an der Realschule in Melsbach zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar 1913 gnädigst geruht, den Professor Dr. Georg Haefler am Realgymnasium in Ettenheim in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule in Karlsruhe zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar 1913 gnädigst geruht, den Professor Dr. Andreas Schütt von der Realschule in Laubersbichsheim an jene in Schopfheim zu versetzen und

den Lehramtspraktikanten Karl Schambach aus Nordhausen zum Professor an der Realschule in Laubersbichsheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 6. Februar 1913 gnädigst geruht, für die Dauer des Fortbestehens der beiden Kammern für San-

delsachen am Landgericht Karlsruhe mit dem Sitz in Karlsruhe, längstens aber bis Ende des Jahres 1914 den Fabrikanten Konrad Karl Himmelheber in Karlsruhe zum Handelsrichter und

den Fabrikdirektor William Wagener in Karlsruhe zum Handelsrichterstellvertreter bei den Kammern für Handelsachen am Landgericht Karlsruhe zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 6. Februar 1913 gnädigst geruht, den Vorstand der Bahnbauinspektion Durlach, Oberbauinspektor Heinrich Mele, zum Vorstand der Bahnbauinspektion II Karlsruhe, den Vorstand der Bahnbauinspektion Raastatt, Oberbauinspektor Joseph Diebler zum Vorstand der Bahnbauinspektion Konstanz und den Vorstand der Bahnbauinspektion Bruchsal, Oberbauinspektor Albert Joachim zum Vorstand der Bahnbauinspektion II Mannheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar 1913 gnädigst geruht, den Professor Ludwig Eisenlohr an der Realschule in Schopfheim in gleicher Eigenschaft an das Lehrerseminar in Heidelberg zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar 1913 gnädigst geruht, den Professor Dr. Jakob Köhler am Lehrerseminar Heidelberg in gleicher Eigenschaft an die Höhere Mädchenschule mit Lehrerinnenfeminar in Heidelberg zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Januar 1913 gnädigst geruht, den Professor Dr. Max Wallefer von der Oberrealschule in Mannheim an das Gymnasium in Heidelberg zu versetzen.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist unter dem 6. Februar 1913 der beim Landgericht Karlsruhe zugelassene Rechtsanwalt Dr. Julius Gutmann gleichzeitig bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim mit dem Wohnsitz in Karlsruhe zugelassen worden.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unter dem 11. Februar 1913 den Hauptlehrer und Musiklehrkandidaten Hugo Neuert an der Volksschule in Mannheim zum Musiklehrer an der Oberrealschule in Bruchsal ernannt.

Das Großh. Ministerium des Innern hat unter dem 3. Februar 1913 den Geometer Konrad Vackisch in Raastatt zum Katastergeometer ernannt.

Das Großh. Ministerium des Innern hat unter dem 13. Februar 1913 den Oberrevisor W. Freunig in Triberg zum Bezirksamt Raastatt versetzt.

#### Gestorben:

am 10. Februar d. J.: Jung, Jakob, Oberstationskontrollleur in Muggensturm.

#### Die Besetzung von Landwirtschaftslehrerstellen betr.

Auf 1. April 1913 ist die nichtetatmäßige Stelle eines wissenschaftlich und praktisch gebildeten Landwirtschaftslehrers (2. Fachlehrer an landwirtschaftlichen Winterschulen) zu besetzen. Die Anstellung erfolgt zunächst vertragsmäßig mit einer Anfangsvergütung von 2000 M. Die Bewerber müssen den Bedingungen der landesherrlichen Verordnung vom 14. Juni 1907, die Anstellung der Landwirtschaftslehrer betr. (Ges.-u. V.D.M. S. 213) entsprechen. Bevorzugt wird ein Bewerber, welcher mit den süddeutschen Verhältnissen vertraut ist.

Gesuche, denen Lebenslauf und Nachweise über Vorbildung und seitherige praktische Tätigkeit beizufügen sind, sind alsbald schriftlich anher einzureichen.

Karlsruhe, den 13. Februar 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

von Bodman. Dr. Straub.

#### Das Badische Staatsschulbuch betr.

Der Kurs für Voreinzahlungen auf 4%ige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 100 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 15. Februar 1913.

Großh. Staatsschulverwaltung.

### Gewinnauszug

#### 2. Preussisch-Süddeutschen (228. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

2. Klasse 1. Ziehungstag 14 Februar 1913

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vore gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

(Ohne Gewähr u. St.-u. f. S.)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 96 M. gezogen:

2 Gewinne zu 20 000 M. 102914  
4 Gewinne zu 1000 M. 74722 216458  
2 Gewinne zu 500 M. 152449  
20 Gewinne zu 400 M. 44054 48028 62317 52968  
71150 89748 122985 123521 131247 200972  
18 Gewinne zu 300 M. 48121 61109 109794 123888  
171175 173108 174053 188497 190487  
76 Gewinne zu 200 M. 754 1552 2959 12568  
14715 26648 31953 40237 48144 52311 59230 66276  
79051 83718 85862 86384 88600 97328 105264  
112583 116934 125499 131555 133308 134725 135493  
145927 155255 173631 175788 177591 179799 192005  
194289 198222 201695 205788 210296

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 96 M. gezogen:

2 Gewinne zu 40 000 M. 87293  
2 Gewinne zu 3000 M. 197909  
2 Gewinne zu 1000 M. 137487  
10 Gewinne zu 500 M. 72502 116186 136984  
151679 170223  
6 Gewinne zu 400 M. 40209 124068 191635  
24 Gewinne zu 300 M. 29677 48275 52432 79216  
93877 101527 114744 127516 154282 166282 176997  
193932  
88 Gewinne zu 200 M. 1556 5057 5105 6450  
8093 9698 9877 17795 27652 29681 41903 48473  
50140 62924 65330 66434 69358 70658 71844 73199  
82472 87200 89010 90515 101992 102619 109002  
116996 118253 134441 135099 139899 141170 141840  
144650 149726 154884 181275 191773 208244 211404  
215712 217030 217849

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 15. Februar.

#### Politische Wochenrückblicke.

##### 1813 und die akademische Jugend.

Die Berliner Universität hatte Sonntag den 9. Februar zur Feier der Erinnerung an die Erhebung des Jahres 1813 gewählt. Es war der Tag der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Der Historiker, Prof. Dr. Dietrich Schäfer, der die Gedendrede hielt, sagte, wie es sich, ganz abgesehen von diesem Erinnerungstage, aus der Natur der Sache ergab, die Wehrfähigkeit der Jugend besonders ins Auge. Er erinnerte daran, daß die junge Berliner Hochschule vor hundert Jahren das erste Beispiel einer geschlossenen kriegerischen Betätigung akademischer Jugend geboten habe. Dieser Gedanke fügte sich in die „Entwicklung des Nationalgefühls“ ein, die der Gegenstand seiner Rede war. Das Nationalgefühl jener Tage, so legte der Vortragende dar, sei aus der deutschen Bildung geflossen. Sie habe der Nation wieder ein geistiges Gesamtgut geschaffen, wie es wertvoller keine andere besaß, denn keine verschmolz inniger die Grundlagen aller europäischen Gesittung, christliche, klassische, nationale Bildung. Aber dieses glänzende Geistesleben entbehrte der Fühlung mit einem staatlichen Gesamtleben. Doch aus der Geistesbildung und ihrer geschulten Auffassung von Freiheit und Pflicht floß eine Fülle von Kraft und Mut, den unvermeidlichen Kampf aufzunehmen und zu bestehen. Körner ist nicht denkbar ohne Schiller, Fichte nicht ohne Kant. Der Redner stellte es sich zur Aufgabe, das Verhältnis der beiden Kräfte, das der forschenden und grübelnden akademischen Jugend wohl Schwierigkeiten bereitet, klarzulegen: des Menschheitsgedankens und des nationalen Gedankens, und dadurch den letzteren in den Herzen der Jugend um so fester zu begründen. „Wir dürfen“, so sagte er „wir können keine Kosmopoliten sein. Wenn es auch unter uns Chauvinisten gibt, so gibt es doch kein Volk ohne oder mit weniger Chauvinismus als das deutsche. Aber weil dem so ist, muß man auch den Versuchen, unserem Volk seine vaterländischen Gefinnungen zu verwischen, den Stolz auf die Taten unserer Väter zu untergraben, mit all der Schärfe entgegenzutreten, die die markbergehende Verletzung der Volkskräfte herausfordert. Es ist haltlos, solche Versuche rechtfertigen zu wollen mit dem Schlagworte Humanität. Wir Deutsche bedürfen dieses Ansporns nicht. Wir sind human, denn wir sind Christen.“

Stünde nicht hier, er würde sagen: „Wir sind Deutsche“. Wir wollen uns nicht erheben über andere Völker. Aber man zeige uns das Volk, das sich einer christlicheren, einer humaneren Gesittung erfreue, als das deutsche. Gewiß sind wir allzumal Sünder und ermangeln des Ruhmes, den wir vor Gott haben sollten; auch wollen wir nicht aufhören, von anderen Völkern zu lernen, wo was zu lernen ist — wir haben dazu eine große, fast übergroße, gelegentlich selbstverleugnerische Neigung. Aber solange man uns nicht ein Volk von höherer Gesamtkultur nachweist, als das unsere, möge man uns mit besonderen Mahnungen zur Humanität und zur Bekämpfung unseres nationalen Stolzes verschonen.“ Zum Schluß wandte sich Professor Schäfer an den antworfenden Monarchen: „Heute vor 36 Jahren traten Eure Majestät in das Meer ein. Sollte das Schicksal es fordern, daß Sie es zum Kampfe führen müssen, dann wird, wie vor hundert Jahren, auch der Ruf an die akademische Jugend nicht verhallen, und sie wird ihm mit den Worten Körners freudig Folge leisten: „Im Leben und im Sterben, Gott segne mich, Vater dich preise ich.“ Nun erklang in seiner fortwährenden Melodie Schillers Reiterlied „Wohlauf, Kameraden, auf's Pferd, auf's Pferd, in's Feld, in die Freiheit gezogen“; ein Student bekräftigte die Begeisterung der akademischen Jugend für die große Zeit und ihre Treue für das Vaterland durch eine Ansprache; endlich wurde Ernst Moritz Arndts Lied angestimmt: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“. Die ganze Versammlung erhob sich und stimmte ein.

Als die Schlußzeilen erklangen: Wir siegen oder sterben hier den süßen Tod der Freien, schritt der Kaiser zum Rednerpult, um als Kommilitone seine kurze, eindringliche Ansprache an die Studenten zu halten. Das hohe Lied des Vaterlandes, der Freiheit und der Geistesbildung war schon erklingen, auch das Gottvertrauen war, gleich zu Beginn, in Körners „Gebet vor der Schlacht“ zum Ausdruck gekommen; den Kaiser aber trieb es, noch einmal in die Gemüter der Anwesenden das religiöse Saattorn zu legen. Wie der Vortrag des Universitätslehrers des Zwiespals gedacht hatte, der in den forschenden Geistern zwischen Menschheit und Vaterland entstehen kann, so brannte es dem Kaiser auf der Seele, ein Wort zu den Schwierigkeiten zu sagen, die das Wort Religion „dem heutigen Geschlecht bereite“. Wer für sein eigenes Leben in der Religion den Halt gefunden, wünscht ihn allen zu geben, besonders aber denen, die er liebt. An seine eignen Söhne mochte der Kaiser denken, deren einer ja noch akademischer Bürger ist, und er mochte sich auch bewußt sein, daß es nicht ganz leicht ist, dem Herzen der Jugend, die meist noch von hochgeschwelltem Kraftgefühl erfüllt ist, diese Dinge nahe zu bringen. Oft oder zumeist fehlt ihr das Eigenerlebnis, das die religiöse Weltanschauung begründet. Und so rang denn der Kaiser gleichsam um ihre Seele, indem er sagte: „Es ist schon ein wunderbares Ding um die Wiedergeburt eines Menschen, aber die Wiedergeburt einer ganzen Nation, das ist so gewaltig, daß es wert ist, im Herzen behalten und nicht vergessen zu werden.“ Möge in den Herzen der Hörer und der ganzen akademischen Jugend weiter wachsen, was der Kaiser zu pflanzen sich so eifrig bemüht!

#### Admiral von Tirpitz über das deutsch-englische Verhältnis.

In der Budgetkommission des Reichstages hat Großadmiral v. Tirpitz über das deutsch-englische Verhältnis Erklärungen abgegeben, die im In- und Auslande viel erörtert worden sind. Um ihre Bedeutung richtig zu würdigen, ist es nötig, sich den Zusammenhang zu vergegenwärtigen, in den sie einzuordnen sind. Die Öffentlichkeit hat aus einer Sitzung der Kommission, deren Beratungen nicht öffentlich sind, die kurze Mitteilung erhalten: „Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Großadmiral v. Tirpitz ging auf die Ausführungen des englischen Marineministers vom März vorigen Jahres näher ein, daß ein Verhältnis von 10 : 16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte für die nächsten Jahre akzeptabel sei, und vertrat seinerseits den Standpunkt, daß auch er als Leiter seines Ressorts hiergegen keinerlei Bedenken haben würde.“ Das ist ein Auszug aus längeren Darlegungen. Diese Darlegungen nahmen u. a. Bezug auf die Rede des englischen Flottenministers Winston Churchill vom 18. März v. J. Damals sprach dieser von einer Überlegenheit Englands in Höhe von 60 Prozent in Schiffen der Dreadnoughtklasse über Deutschland. Der englische Minister bezeichnete dieses Verhältnis nicht als etwas Neues, sondern als den tatsächlichen Stand der Neubauten, den die Admiralität „in den letzten Jahren“ verfolgt habe und der einen geeigneten Maßstab „für die nächsten vier bis fünf Jahre“ abgeben werde. Churchill fügte aber außer anderen Einschränkungen sofort folgende hinzu: „Indes will ich keineswegs so verstanden werden, daß das Verhältnis von 16 zu 10 als ausreichende Überlegenheit über die nächststarke Seemacht betrachtet werden dürfte, soweit die britische Seemacht als Ganzes in Betracht kommt. Selbst wenn wir eine Armee besäßen, die zwei Drittel so stark wäre wie die Armee der stärksten Militärmacht, könnten wir damit nicht zufrieden sein. Meine Erklärung ist in viel größerer Beschränkung aufzufassen. Wir können gegenwärtig an einem so mäßigen Standard festhalten infolge unserer großen Überlegenheit an Kriegsschiffen und Panzerkreuzern der Dreadnoughtperiode, darunter 8 „King Edward“-Schiffe, sowie mindestens 8 Panzerkreuzer, die von anderen Schiffen der gleichen Bauzeit gänzlich unerreicht sind. Da diese Schiffe aber allmählich an Gefechtswert verlieren, wird unser

Verhältnis in Neubauten über den 60 Prozentstandard steigen müssen.“ Das ist eine wichtige Einschränkung. Auch für Torpedoboote, Unterseeboote, kleine Kreuzer usw. gilt das Verhältnis 16 : 10 nach englischem Wunsche nicht; England beansprucht in diesen Fahrzeugen eine weit größere Überlegenheit und auf deutscher Seite hat man ihm diese neidlos zuerkannt. Wenn nun bei der Dreadnoughtklasse eine Verhältniszahl genannt wird, so kann man auch hier Einzelheiten nicht gegeneinander abwägen. Wieviel Millimeter die Panzerung des einzelnen Großkampfschiffes beträgt, wieviel Millimeter der Durchmesser der Geschützrohre, wieviel Torpedoauslaßrohre vorhanden sind usw., wird sich schwer in eine Gleichung bringen lassen. Man denkt an die ganzen Geschwader und will davon England 8, Deutschland 5 zubilligen (8 : 5 = 16 : 10). Wenn der deutsche Flottenfachmann bezug. der Reichskanzler dies Verhältnis zwischen den Schlachtgliederungen Englands und Deutschlands für annehmbar hält, so ist diese Bereitwilligkeit von dem Boden des Risikogedankens aus zu verstehen. Bei einem Kraftverhältnis von 10 : 16, das übrigens wohl erst 1920 eintreten würde, nachdem das letzte Schiff der laufenden Bauperiode in Dienst gestellt ist, können die Engländer die Beforgnis vor deutschen Angriffsabsichten getrost aufgeben; andererseits wäre auf deutscher Seite immerhin eine Kriegsmacht vorhanden, die anzugreifen ein anderer Staat sich erst noch überlegen würde; der Schaden, den er auch bei einem siegreichen Angriff gewärtigen müßte, wäre beträchtlich. Die Aufnahme, die die neue Bekräftigung des Verhältnisgedankens durch den deutschen Staatssekretär in der englischen Öffentlichkeit gefunden hat, ist teilweise erfreulich. Soweit allerdings betont wurde, daß die von den englischen Kolonien aufgeführten Schlachtschiffe nicht mitgezählt werden dürften, wird der Wert der Gleichung illusorisch, denn die von Neuseeland, Kanada, Australien und von den Malaienstaaten aufzustellenden Schiffe können natürlich jederzeit von England herangezogen werden.

#### Vorsätze des Zentrums in der Budgetkommission.

In der Budgetkommission des Reichstages, diesem Parlament im kleinen, sind mehrfach Vorsätze gegen den Flottenetat gemacht worden. Der erste richtete sich gegen eine Reihe von Offiziersstellen, ein zweiter gegen die Tafelgelder, ein anderer gegen die dreijährige Dienstzeit bei der Marineinfanterie und -Artillerie. Die Maß- und Tafelgelder sollen, so will ein Antrag, nur für die Tage der dauernden Abwesenheit bei Fahrten auf hoher See gezahlt werden. Nun ist aber die dauernde Zahlung dieser Tafelgelder allgemein in den Flotten üblich. Die Verpflegung der Offiziere, Fähnriche und Deckoffiziere läßt sich nicht mit Rücksicht darauf regeln, ob das Schiff sich auf hoher See oder im Hafen befindet; im Hafen kann die Verpflegung unter Umständen wohlfeil, sie kann aber auch kostspielig sein. Ein brauchbarer Maßstab für die Höhe der tatsächlichen Kosten liegt dem Antrag nicht zugrunde. Der Staatssekretär hat daher den vorgeschlagenen Weg als ungangbar bezeichnet. Ebenfalls ist bei der Marineartillerie die zweijährige Dienstzeit durchzuführen. Das Zentrum aber scheint, indem es solchen Forderungen Unterstützung ließ, die Theorie des sozialdemokratischen „Vorwärts“ bestätigen zu wollen, daß es auf nahe Wahlen hinarbeite, die es als Oppositionspartei zu bestehen wünsche. In weiten Volkskreisen, die an der Flotte hängen, wird, wenn auch endgültige Beschlüsse noch nicht vorliegen, die Haltung des Zentrums lebhaftes Befremden erregen.

#### Aus dem Plenum des Reichstages.

Der Reichstag ist in der zweiten Etatslesung bis zum Postetat vorgeschritten. Bei der vorausgehenden Beratung des Etats des Reichsjustizamts war die von verschiedenen Parteien einschließlich eines sozialdemokratischen Redners gemachte Feststellung erfreulich, daß es eine Klassenjustiz bei uns nicht gebe. Wenn in verschiedenen Formen der Gedanke angefaßt wurde, daß niemand aus seiner Haut und aus seinem Milieu herauskömme, so ist dies ja eine psychologisch kaum ansehbare Tatsache. Das Milieu des deutschen Richters ist aber nicht die „Klasse“, sondern das Streben nach Gerechtigkeit und Objektivität. Das ist für ihn Amtspflicht und Überlieferung und mit diesem Milieu wird sich das Volk einverstanden erklären können. Wer aber das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege durch ägende Kritik zerstört, dient nicht dem Recht und der Gerechtigkeit.

#### Die landwirtschaftliche Woche.

Die landwirtschaftlichen Tagungen, die den Rahmen einer Woche längst gesprengt haben, haben in Berlin begonnen. Sie atmen den Geist des Vorwärtstrebens und zeugen von Kraftgefühl und dem Bewußtsein der eignen Leistungsfähigkeit. Der Kaiser ist als Berufsgenosse im Landwirtschaftsrat erschienen und hat über neue Versuche berichtet, die geeignet erscheinen, sowohl die Viehzucht als auch den Körnerbau zu fördern und beide auf eine noch höhere Stufe zu heben. Durch die Rede des Kaisers klang das Vertrauen, daß die Landwirtschaft die nationale Pflicht der Befriedigung des Inlandsbedarfs zu erfüllen vermöge, durch die Rede des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg, der wie gewöhnlich beim Wahle des Landwirtschaftsrats erschien, die Hoffnung, daß die Opferfreudigkeit des Landes die alte bleiben möge.

#### Die internationale Lage.

Die Waffen haben auf der Balkanhalbinsel eine Entscheidung noch nicht herbeigeführt und die europäische Diplomatie hält sich nach wie vor zurück. Auch in der vergangenen Woche ist keine Großmacht aus den Reihen der anderen herausgetreten, um ihre eigenen Wege zu gehen. Der

türkische Versuch, auf Grund der letzten türkischen Note eine Friedensaktion der Mächte herbeizuführen, muß als gescheitert betrachtet werden. Für die Erörterung finanzieller Fragen, namentlich die Abzweigung türkischer Staatsschulden auf die Balkanstaaten, sind Beratungen in Paris vorbereitet, entsprechend den erheblichen finanziellen Interessen dieses Platzes; voraussichtlich werden die Pariser Botschafter der Mächte mit den Verhandlungen betraut werden und sich dabei von Finanzfachleuten unterstützen lassen. Im Gefolge der Sendung des Oberflottenants Prinzen Sohenlohe nach Petersburg tritt in halbamtlichen Rundgebungen aus Wien und Petersburg hoffnungsfreudige Stimmung hervor. Die Selbstständigkeit der erstarbten Balkanstaaten ist der Boden, auf dem man eine Verkömmerung der Politik beider großer Monarchien erwartet.

#### Zur Verlobung des Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen.

Dresden, 14. Febr. Der König hat die Telegramme, in denen der Kaiser und der Herzog von Cumberland die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg angekündigt hat, alsbald mit dem Ausdruck der herzlichsten Glückwünsche telegraphisch beantwortet.

Hannover, 14. Febr. Auf das Glückwunschtelegramm des hiesigen städtischen Kollegiums hat der Herzog von Cumberland an den Stadtdirektor folgendes Antworttelegramm gesandt: „Die warmen Wünsche, die Sie mir zur Verlobung unseres Sohnes Ernst August mit Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen aus meiner alten Heimatstadt übermitteln haben, haben mich freudig bewegt. Aus vollem Herzen danke ich Ihnen allen und bitte Sie, meinen Dank den Abwesenden in der lieben Stadt auszusprechen. gez. Ernst August.“

Heidelberg, 15. Febr. Auf ein gestern mittag an den Großherzog gerichtetes Telegramm des Stadtrats, in welchem der herzlichsten Teilnahme der Bevölkerung unserer Stadt an dem hocherfreulichen, auch für das Großherzogliche Haus so bedeutamen Ereignis der Verlobung des Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen Ausdruck gegeben und der Großherzog zugleich gebeten worden war, der Vermittler der ehrebedingtesten Glück- und Segenswünsche der Stadt an den Kaiser und die Kaiserin sowie an die hohen Verlobten sein zu wollen, ist dem Oberbürgermeister heute früh aus Karlsruhe nachstehende telegraphische Antwort zugegangen:

Für die treue Teilnahme, die Sie mir namens der Stadt Heidelberg bei der Verlobung der Tochter des Kaisers mit dem Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig in so warmer Weise ausgesprochen haben, sage ich herzlichsten Dank. Wir alle sind hoch erfreut über dieses glückverheißende Verlöbniß. Die kaiserlichen Majestäten und das Brautpaar lassen für die dargebrachten Wünsche herzlich danken. Friedrich, Großherzog.

#### Die Balkankrise.

\* Wie das Reutersche Bureau erfährt, wurde in der Konferenz der Botschafter am heutigen Samstag die Begrenzung des zukünftigen Albanien besprochen. Die Botschafter waren im Besitz des österreichisch-ungarischen und des russischen Vorschlags hinsichtlich der Grenze des in Aussicht genommenen autonomen albanischen Staates.

Konstantinopel, 13. Febr. In Kar-Tale am Marmarameer umweil von Konstantinopel soll die Cholera ausgebrochen sein. Gestern wurden dreißig Erkrankungen festgestellt.

#### Reichstag.

\* Berlin, 14. Februar.

Die zweite Beratung des Etats für die Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt. Abg. Raden (Ztr.) erklärt, das Zentrum kann der Postverwaltung die Anerkennung nicht versagen, daß sie den steigenden Anforderungen des Postverkehrs gerecht zu werden bemüht gewesen ist. Trotzdem habe es manche Wünsche, die der Redner einzeln anführte.

Staatssekretär des Reichspostamtes Kühn sagt wohlwollend die Erwägung der von dem Vorredner vorgetragenen Wünsche zu.

Staatssekretär Kräfte erklärt: Der Vorredner hat den Wunsch ausgesprochen, daß wir uns mit der Schaffung von Postkreditbriefen befassen mögen. Seit Anfang vorigen Jahres sind wir mit dieser Frage beschäftigt. Wir werden alsbald mit den süddeutschen Postverwaltungen ins Einvernehmen kommen. In der Aufstellung der Automaten gehen wir rüstig vorwärts. Ich hoffe auch, daß die Maschinen zur Weklegung und Stempelung von Briefstücken in vermehrtem Maße in Betrieb gesetzt werden können. Die Postverwaltung ist dauernd bemüht, für eine genügend große Anzahl von Fernsprecheleitungen zu sorgen. Die Kosten für eine oberirdische Leitung sind sehr hoch — so kostet z. B. eine oberirdische Leitung von Berlin nach Köln über 300 000 M. — so haben wir mit der Legung unterirdischer Kabel begonnen, die 50 Leitungen enthalten. Für die Leistungsfähigkeit der Kabel besitzen wir eine Garantie, so daß, sobald diese unterirdische Kabel fertiggestellt sind, wir vorläufig mit keiner neuen Forderung an den Reichstag heranzutreten brauchen. Mit dem Messingwesen in den Telefonbüchern und auf den Wählblättern in den Postanstalten habe ich keine guten Erfahrungen gemacht. Ich bekomme jetzt von allen Seiten Brängel. (Heiterkeit.) Am meisten klagen darüber die Geschäftsleute, wenn sie ihre notwendigen Gespräche auf der Post verrichten und dabei die Melame ihrer Konfurrenz vor Augen haben. Mit der Einführung der Automatenämter haben wir

trotzdem sie für die Fernsprechabnehmer etwas teurer sind, meist gute Erfahrungen gemacht. Den Privatgesellschaften, die Apparate für den Anschluß an das Fernsprechnetz liefern, kommen wir möglichst weit entgegen. Klagen, daß wir ihnen gegenüber voreingenommen seien, sind ungerichtet; wenn aber die Reichspostverwaltung die Apparate billiger liefert, als diese Gesellschaften, so kann man ihr daraus keinen Vorwurf machen. Bezüglich der Konsumvereine siehe ich auch auf dem Standpunkt, daß der Vertrieb von Luxusartikeln ausgeschlossen bleibt. Hinsichtlich des Telegraphenverkehrs mit den Schutzgebieten ist es nicht richtig, daß unsere Kolonien noch immer schlechter gestellt sind, als die englischen Kolonien, die direkten Nachrichtenverkehr mit der Heimat haben. Wir legen großen Wert darauf, daß die gesamten Kolonien in Afrika ungeschmiedete Nachrichten erhalten, unabhängig vom Ausland. Deshalb ist die Einrichtung getroffen, daß vom Postbureau Depeschen gegen eine sehr geringe Taxe von 60 bis 70 Pf. — während sie sonst 2 bis 3 R. beträgt — dorthin gegeben werden. (Prabo.) Die Versendung von Geschäftsbriefen der Krankenkassen soll nicht anders behandelt werden, als die der Versicherungsvereine, solange eine aktive Korrespondenz in diesen Briefen nicht enthalten ist. Eine diesbezügliche ausdrückliche Bestimmung wird in die Postordnung eingefügt werden.

Hg. Ved (Nat.) bemerkt, die Postverwaltung würde viel schneller zur Bewilligung des Etats gelangen, wenn sie den Wünschen um Aufhebung der Beamten entgegenkommen würde. Bei den gehobenen Beamten müsse eine Vereinfachung der Besoldung herbeigeführt werden. Der Resolution auf Gewährung der Sonderzulage stimmt seine Partei zu.

Hg. Eitel (Konf.) bittet, eine Erleichterung der Ostmarkenzulagen nicht vornehmen zu wollen und schlägt vor, dieser Zulage den Namen und auch den politischen Charakter zu nehmen, dadurch, daß sie auch auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt wird. Dadurch sei die Möglichkeit eines Zusammengehens der bürgerlichen Parteien gegeben.

Der Fortschrittler Kopsch verlangt von der Reichspostverwaltung, daß sie sich angesichts der Tatsache der außerordentlich hohen Überläufe den gewinnlichsten Reformen nicht verschließen dürfe. Redner bringt dann ebenfalls Wünsche der Unterbeamten vor. Damit schließt die Debatte. Die Weiterberatung findet Samstag 11 Uhr statt. Schluß 7 Uhr.

Berlin, 14. Febr. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde die Forderung auf Gewährung einer Zulage für den Marineattaché in Buenos Aires durch die Mehrheit, welcher aus dem Zentrum, den Polen und Sozialdemokraten bestand, abgelehnt. Während der Weiterberatung der Tafel- und Messinggeld gab der Vorsitzende Spain bekannt, daß das in Aussicht gestellte Material betreffend die Messingelder eingegangen sei. Er empfahl die weitere Debatte bis nach dessen Prüfung zu verschieben. Diesem Erlaß ist stattgegeben worden.

Berlin, 14. Febr. In der Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzkommision des Reichstages hat auf eine Anfrage des Zentrumsvertreters bezüglich der Frage der sogenannten Staatslosen ein Regierungsdirektor die Erklärung abgegeben, daß die Staatslosen, sofern keine erheblichen Bedenken vorliegen, in das Meer eingestellt werden sollen, wodurch es ihnen ermöglicht werde, nach abgelegter Dienstzeit die Staatsangehörigkeit zu erlangen.

### Politische Übersicht.

\* Besuche des Prinzregenten Ludwig in Berlin und Dresden. Prinzregent Ludwig wird unmittelbar anschließend an den geplanten Besuch bei dem Berliner Hofe mit seiner Gemahlin dem Dresdner Hofe einen Besuch abstatten.

\* Prinz Karl von Rumänien traf am Donnerstag um 4 Uhr 40 Min. auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein. Zum Empfange waren erschienen die Prinzen Cutil Friedrich und August Wilhelm. Die Ehrenkompagnie stellte das zweite Garderegiment zu Fuß.

\* Zur Rede des Reichskanzlers im Landwirtschaftsrat schreibt der Pariser „Temp“ unter anderem: Der Reichskanzler hat erklärt, daß Deutschland sein Landheer vermehren muß und wir glauben, daß Frankreich das seine vermehren muß, indem es dabei ebenso wie Deutschland durchaus fruchtbar bleibt.

\* Zu den Tarifverhandlungen im deutschen Holzgewerbe. Der Schiedspruch, den der frühere Staatsminister Freiherr von Berlepsch den Vertragsparteien bei den Tarifverhandlungen für das deutsche Holzgewerbe vorgeschlagen hat, ist in der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der Vertrauensmänner des Deutschen Holzarbeiterverbandes angenommen worden.

### Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 15. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zur Vortragserstattung.

Um 10.36 Uhr reisten Ihre Hoheiten der Herzog und die Herzogin Johann Albrecht zu Mecklenburg, von Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin Luise an die Bahn begleitet, wieder von hier ab. Hierauf hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. von Nicolai und des Finanzministers Dr. Rheinboldt.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Vobso.

\*\* Die „Deutsche Reichspost“ Nr. 35 vom 12. Februar 1913 nennt übereinstimmend mit der „Badischen Warte“ Nr. 12 einen von der „Kreuzzeitung“ angegriffenen Artikel der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ einen „Vorstoß badischer Regierungskreise“ und bemerkt dabei, es stehe für sie fest, daß dadurch „die im nationalliberalen Lager vorhandene Neigung zum Abschluß des Notbodes im ersten Wahlgange eine ganz wesentliche Verstärkung erfahren wird“. Der „Badische Beobachter“ bemerkt in Nr. 42, 1. Blatt vom 12. Februar 1913 im Anschluß an den

Abdruck dieses Artikels, der Eindruck, den die bisherige Verteidigung des Ministers in der „Karlsruher Zeitung“ gemacht habe, sei der, daß Minister v. Vobman der Minister des Notbodes sei.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ ein Privatunternehmen ist. Was aber die Stellung der Regierung zur Haltung der Parteien bei der bevorstehenden Landtagswahl betrifft, so ist sie keine andere, als wie sie bereits mehrfach sowohl an dieser Stelle als im Landtag dargelegt wurde: Die Regierung will auch im Wahlkampf über den Parteien stehen und sich jeder Einmischung in diesen Kampf enthalten. Das schließt aber nicht aus, daß die Regierung sich eine Ansicht auch über die taktischen Maßnahmen der Parteien bildet und diese Ansicht kundgibt. Über den „Großblock“ insbesondere hat der Staatsminister noch auf dem letzten Landtag — Sitzung der Zweiten Kammer vom 30. Januar 1912 — erklärt: „Ich verstehe nicht, wie der Regierung eines monarchischen Staates zugemutet werden soll, sich förmlich auf den Großblock als eine Regierungspartei — zu stützen. — Die Regierung kann nur diejenige Stellung einnehmen, daß sie sich über die Parteien stellt. Die Regierung hat nicht das Recht und nicht den Willen, eine Partei von der Bedeutung des Zentrums einfach auszuscheiden. Aber die Regierung kann, auch wenn sie wollte, sich nicht in allen Fragen auf den Großblock stützen.“

Der Minister des Innern hat sich in der folgenden Sitzung diesen Ausführungen angeschlossen, die Bezeichnung „Großblockminister“ als Beleidigung zurückgewiesen und zugleich sein Wort vom 25. Januar 1908 wiederholt, daß er es tief bedauerlich finde, wenn die Angehörigen bürgerlicher Parteien einem Sozialdemokraten ihre Stimmen geben. Diese Ansicht wird vom Gesamtministerium geteilt und gilt in verstärktem Maße gegenüber dem Gedanken eines Eintretens bürgerlicher Wähler für die Sozialdemokratie bei der Hauptwahl. Wöllig unerfindlich ist, wie die Abwehrartikel der „Karlsruher Zeitung“ den vom „Beobachter“ behaupteten Eindruck sollen hervorgerufen haben.

### Die badischen Pfadfinder und ihr Schutzherr.

\* Anlässlich der Verlobung des Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit der Prinzessin Viktoria Luise haben die badischen Pfadfinder durch ihren Landesfeldmeister folgendes Telegramm an ihren Schutzherrn, den Prinzen Max von Baden, abgesandt:

„Untertänig und herzlich gratulieren dem hohen Schutzherrn Badens Pfadfinder, daß Großherzogliche Hoheit den Pfad zum stolzen Friedensfrieden zwischen Jollern und Belsen gefunden haben. Gut Pfad Allerwegen!“

Wettstein, Landesfeldmeister.

Darauf erhielt der Landesfeldmeister Bürgermeister Dr. Wettstein in Weinheim folgende Antwort:

„Für guten Pfadfindernachschub sende ich innigen Dank. Der die Wege weist, läßt sie uns finden.“ Prinz Max.“

### Herr Geiß in Wertheim.

\* Unter dieser Überschrift teilten wir dieser Tage mit, daß der sozialdemokratische Hg. Geiß in einer in Wertheim gehaltenen Rede für die Republik eingetreten sei. Wir bemerkten dann: „Sind diese Worte tatsächlich so gefallen, so wären sie ein neuer Beweis für die Behauptung, daß die Sozialdemokratie eine antimonarchische Partei ist.“ Die „Mannheimer Volksstimme“ (Nr. 44 vom Freitag) antwortet auf diese unsere Bemerkung mit dankenswerter Offenheit folgendes: „Wer, wie die „Karle. Ztg.“, bis heute noch nicht gewußt hat, daß die Sozialdemokratie die republikanische Regierungsform anstrebt, der ist ein traffer Ignorant, der nicht auf den Ratgeber, sondern auf die Schulbank gehört.“

Man wird dieses rückhaltlose Bekenntnis zum Republikanismus als parteigeschichtliches Dokument aufheben müssen und es den sozialdemokratischen Organen entgegenhalten, die gelegentlich bestreiten, daß die republikanische Regierungsform unter allen Umständen eines der unverrückbaren Ziele der Sozialdemokratie sei.

### Zum 70. Geburtstag des Geheimrats Dr. Reiß in Mannheim.

\* Mannheim, 13. Febr. Geh. Rat Dr. Reiß, der Ehrenbürger der Stadt Mannheim, feierte heute seinen 70. Geburtstag. Es wurden ihm aus diesem Anlaß fast unzählige Ehrungen von Seiten der Stadtverwaltung, von Vereinen und Einzelpersonen zuteil. Die Zahl der Gratulanten war eine so große, daß Herr Reiß, um sie alle empfangen zu können, eine besondere Zeiteinteilung für den gestrigen und heutigen Tag treffen mußte. Gestern abend wurden ihm zahlreiche Gratulationen dargebracht u. a. ein Fackelzug, an dem sich 97 Vereine mit über 6000 Personen beteiligten. Der Großherzog sandte dem Jubilar folgendes Telegramm: „Zu Ihrem heutigen 70. Geburtstag beglückwünsche ich Sie zugleich im Namen der Großherzogin herzlich und hoffe, daß Ihnen auch ferner die alte Frische und Mütigkeit erhalten bleiben möge. Mit dankbarer Freude ersähe ich die hochherzigen großartigen Stiftungen, die Sie in Ihrem beherrschten gemeinnützigen Sinn aus Anlaß des heutigen Tages machten und wünsche von Herzen, daß Sie selbst sich noch lange an deren segensreicher Wirkung erfreuen möchten.“

Großherzogin Luise hat dem Jubilar folgendes Handschreiben zugehen lassen: „Es werden in diesen Tagen viele Zeichen herzlichen Miterebens Ihres 70. Geburtstages an Sie gelangen. Sie werden alle von Dankbarkeit getragen sein in neuen und in fernem Kreise. Wenn ich das Recht in Anspruch nehme, unter diesen zahlreichen Kundgebungen mit meinen Segenswünschen eine der Ersten zu sein, die an Sie herantritt, so ist es,

weil ich das Vorrecht habe, in ganz besonderer Weise mich dieses Tages zu erfreuen. Weit älter als Sie, darf ich zurückblicken auf eine lange Reihe von Jahren, in denen ich mit unserem theueren heimgegangenen Großherzog zu Ihnen in immer gleichen Beziehungen gestanden bin, Beziehungen des Vertrauens und der Dankbarkeit auf den weit verzweigten Gebieten fester nationaler Überzeugung, unermüdblicher Förderung der Kunst und großzügiger, bewunderungswürdiger Pflege der Gemeinnützigkeit und der Wohltätigkeit. So sollen denn auch meine Segenswünsche von der Dankbarkeit getragen sein, die dieser reiche Rückblick gewährt. Ich freue mich aufrichtig, daß Mannheim diesen Tag mit Ihnen und für Sie feiern darf, und schließe mich von Herzen allem an, was Sie mit Ihrer lieben Schwester in bewegten Empfindungen erleben. Möge Gott mit Seinem Segen wie bisher auch die kommenden Jahre begleiten!“

Prinz Heinrich von Preußen telegraphierte: „In Anhänglichkeit und Verehrung bitte ich am heutigen Tage meine sehr aufrichtig empfundenen Glückwünsche zum heutigen Jubeltage aussprechen zu dürfen.“

Zahlreiche Deputationen überbrachten dem Jubilar, dessen außerordentliche Verdienste um Wohlfahrtspflege und künstlerische Bestrebungen Mannheims weit über das badische Land hinaus bekannt sind, Glückwünsche und Ehrungen, so der Militärvereinsverband, der Verein Deutscher Kampfgenossen, der Verkehrsverein, der Kolonialverein und andere mehr. Besonders eindrucksvoll betraf die Guldigung der Mannheimer Schuljugend, wobei Geh. Rat Reiß die Mitteilungs machte, er werde Sorge tragen, daß die Spielstätte auf der Reihinsel eine dauernde Einrichtung bleiben werden

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 15. Febr. Der Kaiser machte heute vormittag dem Reichskanzler einen Besuch.

Berlin, 14. Febr. Das Kaiserpaar unternahm heute mit der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, eine Ausfahrt; abends fand beim Kaiserpaar Tafel statt, zu der außer vielen Fürstlichkeiten unter andern Geladen waren: Der Reichskanzler, mehrere Staatssekretäre, die Präsidenten des Reichstages, des Herrenhauses und des preussischen Abgeordnetenhauses, sowie der Kommandeur der Jietenhusaren. An die Tafel schloß sich eine musikalische Unterhaltung.

Berlin, 14. Febr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Prinz und Prinzessin Max von Baden besuchten den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und dessen Frau.

München, 14. Febr. Durch ein Handschreiben des Prinzregenten Ludwig vom 13. Februar wird Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Oberleutnant im 1. Bayerischen schweren Reiterregiment, à la suite des Regiments gestellt.

Berlin, 15. Febr. Das „Militärwochenblatt“ meldet: Prinz Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg Rgl. Hoheit, Oberleutnant im Ersten Schwere Reiterregiment Prinz Karl von Bayern, ist nach erfolgtem Ausscheiden aus dem Dienst des Rgl. Bayerischen Seeres als Oberleutnant mit Patent vom 28. Oktober 1909 im Husarenregiment von Zieten (Brandenburg) Nr. 3 einstellt.

Berlin, 15. Febr. Gestern fand im königlichen Schloß in Gegenwart des Kaisers die Vereidigung des Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg durch den Kommandanten des Allerhöchsten Hauptquartiers statt.

Paris, 15. Febr. Aus Barcelona wird gemeldet, daß ein königlicher Erlaß die Arbeiter, die religiösen Vereinigungen angehören, unter die Fahnen rufe. Ein derartiger Fall ist in der spanischen Geschichte noch nie dagewesen und erweckt in der konservativen Presse lebhaften Protest.

Ganea, 15. Febr. Der Kommandant des englischen Kriegsschiffes „Dartmouth“ ging, bevor er die Sudabai verließ, mit einer Kompagnie Seefoldaten an Land und ließ die Flaggen der Schuttmächte und die türkische Flagge unter militärischen Ehrenbezeugungen einziehen und die Flaggen nach den betreffenden Konsulaten, die türkische nach dem deutschen Konsulat bringen. Unmittelbar darauf wurde an Stelle der türkischen Flagge die griechische gehißt.

London, 15. Febr. Der deutsche Botschafter, Fürst Lichnowsky, hat gestern dem Staatssekretär des Außen, Sir Edward Grey, die Teilnahme der deutschen Regierung an dem unglücklichen Ausgang der Scottischen Expedition ausgesprochen.

Danzig, 11. Febr. Als vorgestern abend in Pöplin bei Dirschau mehrere Arbeiter, die während einer Streikzeit ein Gestell demolierten, auf dem Marktplatz verhaftet werden sollten, stürzten etwa 50—60 Mann auf den erschienenen Gendarmeriewachmeister und Amtsdienner. Die Beamten zogen die Säbel, wurden jedoch mit Füßen getreten. Der Amtsdienner erhielt einen Messerstich. Als die Menge weiter auf die Beamten eindrang, mußte der Gendarmeriewachmeister, nachdem er die Angreifer bergänglich gewarnt hatte, von seiner Schußwaffe Gebrauch machen, wobei er den „Danziger Neuesten Nachrichten“ zufolge, die beiden Hauptgegenden, den Arbeiter Heron und dessen Schwager erschuß. Ein Dritter, ein Bruder Herons, erlitt schwere Säbelwunden.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunische Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

### „Ratschreiber“

im Entwerfen von brauchbaren Gemeinde-Impressionen bewandert, zur Mitarbeit gesucht. Offerten unter „Formularverlag“ durch Hasenstein & Vogler A.-G., Karlsruhe

E. Büchle Inh. Kunsthandlung und Rahmentabrik, Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 123, zwischen Wald- u. Karlstr. Größtes Spezialgeschäft für gediegenen C.280

Wandbilderschmuck, Bildereinrahmungen Besichtigung ohne Kaufzwang.

